



Finanzplanung für Verteidigungsausgaben:

"Bundeswehr braucht mehr Geld!"

Das Kabinett hat diese Woche die Finanzplanung bis 2023 beschlossen. Der Deutsche Bundestag wird im September 2019 die mittelfristige Planung von 2019 bis 2023 beraten und im November verabschieden.

Der Anstieg für 2020 von aktuell 43,2 Milliarden auf 45,1 Milliarden ist jedoch lediglich moderat. In den Folgejahren bis 2023 fällt die Planungskurve wieder ab. Das wird den vor uns liegenden Herausforderungen in keiner Weise gerecht. Dessen ist sich auch die SPD bewusst. Ich habe bereits mehrfach deutlich gemacht, dass der Finanzminister sich zugunsten der Verteidigung bewegen muss. So haben wir es auch im Koalitionsvertrag vereinbart. Alles andere gefährdet die Sicherheit unseres Landes.

Die Bundeswehr braucht das Geld dringend für die Digitalisierung, für die Sanierung ihrer Gebäude und für den Ausbau der Infrastruktur. Sie muss altes Material gegen neues tauschen. Auch müssen wir wichtige Beschaffungsvorhaben angehen - wie die des taktischen Luftverteidigungssystems, des Mehrzweckkampfschiffs 180 oder des schweren Transporthubschraubers. Dies alles ist keine Aufrüstung, sondern notwendige Ausrüstung. Nur so können wir unsere Bundeswehr für die gestiegenen Anforderungen einsatzbereit machen.

Die Menschen unseres Landes haben einen Anspruch auf eine glaubwürdige Sicherheitspolitik, die sie schützt. Wir müssen den Bürgern und den Soldaten das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit ihrer Bundeswehr zurückgeben. Hierfür müssen wir bereit sein, deutlich mehr Geld in Hand zu nehmen.

Sicherheitspolitisch stehen wir seit Jahren im strömenden Regen. In unserer direkten Nachbarschaft zieht sich ein Krisenbogen von Nordafrika über Syrien bis hinauf nach Russland, das nach alter Größe strebt, massiv aufrüstet, fremde Staatsgebiete besetzt und sich in militärischen Drohgebärden übt.

Im pazifischen Raum bringt sich ein zunehmend offensiv agierendes China in Stellung, um eine geopolitische Vormachtstellung zu übernehmen. Abgesehen von als singular wahrgenommen Ereignissen wie der Flüchtlingskrise bemerken die Bürger unsers Landes und große Teile der Politik aber nichts von dem Unwetter.

Der Grund dafür ist, dass wir mit der NATO inklusive den USA einen starken Regenschirm über uns haben, der uns bislang zuverlässig vor den Auswirkungen des Unwetters schützte. Übersetzt in die Sprache des Militärs sind das leistungsfähige konventionelle Streitkräfte, aber auch eine nukleare Abschreckung.

Bei der NATO haben wir verbindlich angemeldet, bis 2024 1,5% vom Bruttoinlandsprodukt für Verteidigung auszugeben. Damit bleiben wir bereits hinter unserer Zusage zurück, konkret auf das 2% Ziel hinzuwirken. Aber mit der vorliegenden Finanzplanung steigen wir 2020 von aktuell 1,35% lediglich auf 1,37%. Danach sinken unsere Planungen bis 2023 bis auf 1,25% ab. Für die stärkste Wirtschaftsmacht Europas wäre das ein Armutszeugnis und würde auch der Verantwortung nicht gerecht, die wir innerhalb unserer Wertegemeinschaft tragen.



Die Bundeswehr braucht in der mittelfristigen Finanzplanung mehr Geld!
Foto: Christiane Lang

Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
5G-Ausbau im Wahlkreis	Seite 3
Besuchergruppen in Berlin	Seite 3
Aus der Presse	Seite 5



Neues aus dem Bundestag

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 21. und 22. März 2019 in Brüssel. Wir beraten die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Der Schwerpunkt wird dabei wie oben ausgeführt auf wirtschaftlichen Themen des EU-Binnenmarktes sowie den neuesten Entwicklungen beim Brexit liegen. Außerdem werden die Weichen für die künftige europäische Klimapolitik im Einklang mit den Klimazielen von Paris gestellt sowie der EU-China Gipfel am 9. April 2019 inhaltlich vorbereitet.

Ein deutsch-französisches Parlamentsabkommen – Für eine verstärkte parlamentarische Zusammenarbeit. Die Parlamente Deutschlands und Frankreichs, der Deutsche Bundestag und die Assemblée Nationale, schließen ein eigenes Abkommen ab. Sie wollen damit die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Legislative ausbauen. 56 Jahre nach der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags und mit Bezug auf den im Januar von den Regierungen Deutschlands und Frankreichs gezeichneten Aachener Vertrag werden die Parlamente so ihrer Verantwortung für die Freundschaft der beiden Staaten gerecht. Die regelmäßige Arbeitsbeziehung soll künftig etwa intensiviert werden. Zu diesem Zweck wird eine eigene deutsch-französische Kammer aus Abgeordneten aus Berlin und Paris gebildet, die mindestens zweimal jährlich zusammentritt. Dort sollen alle bilateralen Themen gemeinsam erörtert werden ohne verbindliche Beschlüsse zu fassen. Das Abkommen reagiert auf diese Weise auf die zunehmend internationaler werdenden Problemstellungen. Es ist zugleich ein Bekenntnis zur deutsch-französischen Freundschaft.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan. Dieses Mandat sieht die fortgesetzte deutsche Beteiligung an der NATO-geführten internationalen Mission „Resolute Support“ vor. Zugleich wird Deutschland auch weiterhin Führungs- und Rahmmission im Norden Afghanistans bleiben. Um dem gesamten Aufgabenspektrum wie etwa den Unterstützungsmaßnahmen für die deutschen Auslandsvertretungen oder die Ausbildungsleistungen in Kundus weiter gerecht zu werden, verbleibt die Obergrenze des Mandats auf dem bisherigen Niveau von 1.300 Soldaten. Das Mandat läuft bis zum 31. März 2020. Die bevorstehende Mandatsverlängerung dient auch dazu, ein sicheres Umfeld zu gewährleisten, dass das friedliche Abhalten von Präsidentschaftswahlen im Sommer 2019 ermöglicht. Diese sind ein weiterer wichtiger Schritt zur Konsolidierung in Afghanistan. Der Einsatz der Bundeswehr bettet sich nach wie vor in einen internationalen Gesamtansatz ein, der militäri-



sches, diplomatisches und entwicklungspolitisches Handeln verzahnt.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer. Wir beraten den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN. Das Mandat soll bis zum 31. März 2020 verlängert werden, und die personelle Obergrenze wird auf unverändert 650 Soldaten festgelegt. SEA GUARDIAN ermöglicht Schiffe, die im Verdacht stehen, eine Verbindung zu terroristischen Organisationen zu haben, zu kontrollieren und zu durchsuchen. Zudem wirkt die Operation durch die Präsenz der Einsatzkräfte als präventiver Ordnungsfaktor.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS). Dieses Mandat umfasst den Schutz von Zivilpersonen, die Schaffung förderlicher Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe, Beobachtungs- und Untersuchungstätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte sowie die Unterstützung der Durchführung des Friedensabkommens und des Friedensprozesses. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Schutzmandats durch UNMISS bleibt für die Stabilisierung Südsudans und seine leidgeprüfte Zivilbevölkerung unverzichtbar. Der deutsche militärische Beitrag für UNMISS soll weiterhin darin bestehen, sich mit Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie mit Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren zu beteiligen.

5G-Frequenzversteigerung ist der Startschuss für besseres Mobilnetz in Deutschland

Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter der CDU für den Wahlkreis Celle-Uelzen freue ich mich, dass jetzt die Frequenzversteigerung für den künftigen Standard 5G beginnen kann. Damit wird die Grundlage für ein künftiges, ultraschnelles, mobiles Netz gelegt. Nur so werde autonomes Fahren oder Fern-OPs ermöglicht. Der ländliche Raum profitiert von der Versteigerung bereits kurzfristig in besonderem Maße, denn sie ist mit einer wesentlichen Bedingung verknüpft: Die erfolgreichen Bieter müssen bis Ende 2022 zugleich mindestens 98 Prozent aller Haushalte je Bundesland mit mindestens 100 MB/sec nach 4G-Standard versorgen. Das gilt auch für die wichtigsten Bundesstraßen und die wichtigsten Schienenwege sowie alle Autobahnen. Hiervon profitieren wir unmittelbar. Gespräche sind spätestens Ende 2022 von überall durchgehend möglich und insbesondere auch die Notrufe. Das bringt uns bei der Netzanbindung im Landkreis einen erheblichen Schub.

Es geht bei der aktuellen Versteigerung der 5G-Frequenzen am Standort der Bundesnetzagentur in Mainz um die besonders kurzwelligen Frequenzen in den Bereichen 2 GHz und 3,4 GHz bis 3,7 GHz. Sie sind wegen ihrer kurzen Reichweite besonders für Ballungsräume geeignet. Mit der Anwendung können Daten mit einer Geschwindigkeit von bis zu 20 Gigabit pro Sekunde übertragen werden, was 100-mal schneller ist, als eine gute 4G-Verbindung. Zu der Auktion wurden die Unternehmen Drillisch Netz AG (United Internet), Telefónica Germany GmbH & Co. OHG,



5G wird auch die Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum verbessern. Foto CDU Deutschlands / Markus Schwarze

Telekom Deutschland GmbH und die Vodafone GmbH zugelassen.

Im Bereich 3.700 MHz – 3.800 MHz zur lokalen und regionalen Nutzung ist dagegen ein Antragsverfahren beabsichtigt, ebenso wie für den Frequenzbereich bei 26 GHz. So können auch regionale Netzbetreiber, kleine und mittlere Unternehmen oder Start-Ups, mit einem erst künftig auftretenden Frequenzbedarf, sowie Gemeinden und Vertreter der Land- und Forstwirtschaft das Potenzial der kommenden Mobilfunkgeneration 5G für Anwendungen in der Wirtschaft und Industrie nutzen und auch die Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum verbessern.

Besuchergruppen in Berlin empfangen

In der letzten Woche waren wieder zwei Besuchergruppen zu Gast. Rund 70 Gäste der Berufsbildenden Schule I aus Uelzen, darunter auch einige französische Austauschschüler, konnten bei ihrem Besuch im Bundestag mit mir im Fraktionssaal meiner Fraktion diskutieren. Es zeigte sich, dass die internationale Sicherheit den



jungen Menschen sehr wichtig ist. Außerdem konnten sie an einer Debatte im Plenarsaal teilnehmen.

Aus meinem Heimatort konnte ich eine Abordnung des Sparclubs "Bierfreunde" begrüßen, denen ich meine Arbeit in Berlin im Bundestag näher bringen durfte.

Vielen Dank für die Besuche!

Untersuchungsausschuss zu Beraterverträgen

Erste Zeugen wurden vom Ausschuss vernommen



Pressestatement vor dem Untersuchungsausschuss.

Foto: Wilks

Gestern führte der „Untersuchungsausschuss Berater“ die ersten Zeugenbefragungen durch. Ziel ist die Prüfung von externen Beratungsleistungen und deren Vergabe im Bundesverteidigungsministerium. Als Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für den Verteidigungsausschuss als 1. Untersuchungsausschuss gehöre ich diesem Ausschuss an und leite dort die Gruppe der Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten.

Die inhaltliche Arbeit des Untersuchungsausschusses hat begonnen. In die Zeugenbefragungen sind wir ein mit einem Sachverständigenvortrag von Generalleutnant Ludwig Leinhos eingestiegen. Er führte in die Rahmenbedingungen der externen Beratungsleistungen ein. Außerdem hörten wir Zeugen des Bundesrechnungshofes.

Es ist gut, dass wir die Unregelmäßigkeiten bei der

Vergabe von externen Beratungsleistungen untersuchen. Insbesondere dann, wenn es uns unter dem Strich hilft, die Beschaffung der Bundeswehr effizienter zu gestalten.

Als Obmann der Union in diesem Untersuchungsausschuss setzte ich mich für Transparenz und eine sachorientierte Arbeit ein. Die Thematik ist zu wichtig, um sie zum Spielball der parteipolitischen Auseinandersetzung werden zu lassen.

Es steht außer Frage, dass die Bundeswehr bei Beschaffungen momentan auch externe Beratung braucht. Unser oberstes Ziel ist eine schnelle und hochwertige Ausstattung der Bundeswehr. Wir müssen aber aufpassen, dass externe Beratungen den Charakter einer vorübergehenden Leistung nicht verlieren. Hier gilt der Grundsatz: Soviel externe Unterstützung wie nötig, aber so wenig wie möglich.

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Christoph Wilks



Dr. Svend Moeller



Jörg Grünhagen



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20

Fax 030 / 227 – 7 63 20

Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle

Südwall 26
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98

Fax 0 51 41 / 68 83

Henning.Otte.wk@bundestag.de

www.facebook.com/henningottecducleuelzen

Büro Uelzen

Celler Str. 1

29525 Uelzen

Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Henning Otte, MdB



Gastbeitrag bei Focus-online: Deutschland nicht im Regen stehen lassen

Von Henning Otte, MdB

Sicherheitspolitisch stehen wir seit Jahren im strömenden Regen. In unserer direkten Nachbarschaft zieht sich ein Krisenbogen von Nordafrika über Syrien bis hinauf nach Russland, das nach alter Größe strebt, massiv aufrüstet, fremde Staatsgebiete besetzt und sich in militärischen Drohgebärden übt. Im pazifischen Raum bringt sich ein zunehmend offensiv agierendes China in Stellung, um eine geopolitische Vormachtstellung zu übernehmen. Abgesehen von als singular wahrgenommenen Ereignissen wie der Flüchtlingskrise bemerken die Bürger unsers Landes und große Teile der Politik aber nichts von dem Unwetter. Der Grund dafür ist, dass wir mit der NATO inklusive den USA einen starken Regenschirm über uns haben, der uns bislang zuverlässig vor den Auswirkungen des Unwetters schützte. Übersetzt in die Sprache des Militärs sind das leistungsfähige konventionelle Streitkräfte, aber auch eine nukleare Abschreckung.

Für kaum ein Land ist dieser Schutzschirm so wichtig wie für uns. Der Wohlstand der Exportnation Deutschland und unsere Freiheit hängen ab von freien Handelswegen, internationaler Stabilität und einer regelbasierten Ordnung. Wir müssen alles daransetzen, diesen Schirm zu erhalten und ihn mit eigenen substanziellen Beiträgen zu stärken. Leider wird unser Schirm aktuell zunehmend löchrig und die USA drohen zuletzt in regelmäßigen Abständen, ihn für den europäischen Kontinent ganz wegzuziehen.

Sollten die heute im Kabinett verabschiedeten Eckpunkte für die Verteidigungsausgaben in den kommenden Monaten nicht erheblich nach oben korrigiert werden, so werden wir sicherheitspolitisch bald nass sein - bis auf die Unterhose - mit allen dazu gehörigen Auswirkungen für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Die aktuellen Planungen für den Verteidigungshaushalt reichen nicht aus, um Deutschlands Sicherheit zu gewährleisten. Die sicherheitspolitische Lage und der Zustand der Bundeswehr verlangen weiterhin nach starken Investitionen in die Streitkräfte. Der Anstieg für 2020 von aktuell 43,2 Milliarden auf 45,1 Milliarden ist jedoch lediglich moderat. In den Folgejahren bis 2023 fällt die Planungskurve wieder ab. Das wird den vor uns liegenden Herausforderungen in keiner Weise gerecht. Dessen ist sich auch die SPD bewusst. Der Finanzminister muss sich zugunsten der Verteidigung bewegen. So haben wir es auch im Koalitionsvertrag vereinbart. Alles andere gefährdet die Sicherheit unseres Landes.

Die Bundeswehr muss dringend modernisiert werden. Zentrale Beschaffungsprojekte wie der schwere Transporthubschrauber, das taktische Luftverteidigungssystem oder die deutsch-norwegische U-Boot Kooperation sind nur einige der Vorhaben, die mit den

aktuellen Planungen nicht zu finanzieren sind. Gleiches gilt für die Zukunftsprojekte Future Combat Air System und das Main Ground Combat System, die wir gemeinsam mit Frankreich entwickeln und europäisch gestalten wollen. Davon abgesehen wäre es unseren Soldatinnen und Soldaten, die Tag für Tag einen hervorragenden und fordernden Dienst für unsere Sicherheit leisten, kaum zu erklären, wie sie diesen Auftrag mit der auf Kante genähten Materiallage weiter erfüllen sollen. Auch unser Ziel, geeignete junge Menschen für die Bundeswehr zu begeistern, wird sich so kaum erfüllen lassen. Denn nur wer modern ist, ist auch attraktiv.

Auch international würde Deutschland erheblich an Einfluss einbüßen. Bei der NATO haben wir verbindlich angemeldet, bis 2024 1,5% vom Bruttoinlandsprodukt für Verteidigung auszugeben. Damit bleiben wir bereits hinter unserer Zusage zurück, konkret auf das 2% Ziel hinzuarbeiten. Aber mit der vorliegenden Finanzplanung steigen wir 2020 von aktuell 1,35% lediglich auf 1,37%. Danach sinken unsere Planungen bis 2023 bis auf 1,25% ab. Für die stärkste Wirtschaftsmacht Europas wäre das ein Armutszeugnis und würde auch der Verantwortung nicht gerecht, die wir innerhalb unserer Wertegemeinschaft tragen. Gerade kleinere Nationen verlassen sich auf Deutschland als Anlehnungspartner, mit dem sie militärisch kooperieren können. Das gilt sowohl in der NATO als auch in der EU. Wir haben mit der ständigen strukturierten Zusammenarbeit („PESCO“) ambitionierte Projekte angestoßen, um den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO zu stärken und gleichzeitig auf eine stärkere strategische Autonomie Europas hinzuarbeiten. In diesem Sinne zeigt die Forderung der CDU-Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer nach einem europäischen Flugzeugträger in die richtige Richtung. Europa braucht strategische Fähigkeiten und Deutschland muss hier mit einem guten Beispiel voran gehen.

Mit der jetzt angedeuteten Rolle rückwärts setzt Deutschland seine Glaubwürdigkeit bei seinen Partnern aufs Spiel. Das wird sich im schlechtesten Falle auch außen- und wirtschaftspolitisch niederschlagen, denn in den internationalen Beziehungen ist die Bereitschaft, Fähigkeiten auch militärisch einzubringen, die harte Münze, die bestimmt, ob man mit am Tisch der Entscheider sitzt.

Die Menschen unseres Landes haben einen Anspruch auf eine glaubwürdige Sicherheitspolitik, die sie schützt. Wir müssen den Bürgern und den Soldaten das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit ihrer Bundeswehr zurückgeben. Hierfür müssen wir bereit sein, deutlich mehr Geld in Hand zu nehmen.

Wir können es uns nicht leisten erst aufzuwachen, wenn wir den Regen im Gesicht spüren.

(Veröffentlicht am 20. März. www.focus.de)





CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Gesprächskreis Jagd

Die „schwarzen Jäger“

Henning Otte (rechts) ist Vorsitzender des Gesprächskreises Jagd, Fischerei und Natur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gerade hat dieses Gremium ein Positionspapier zum Thema Wolf vorgelegt, welches von der Unions-Fraktion verabschiedet wurde. Ein Portrait des Gesprächskreises und seines Chefs.

Hans Jörg Nagel

Noch Ende vergangenen Jahres wurde es von der Unions-Fraktion in Berlin verabschiedet: das Positionspapier zum Thema Wolf. Darin

werden vorrangig 6 Forderungen gestellt:

- eine realistische Bewertung der Wolfsbestände in Deutschland und Europa
- natur- und artenschutzrechtliche Veränderungen

- ein effektiver nationaler Wolfsmanagementplan
- durch Maßnahmen sicherstellen, dass zwischen Wolfsschutz- und den Wolfsmanagementgebieten ebenso wie wolfsfreien Gebieten unterschieden wird

- die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht
- umfassende staatliche Hilfe bei der Prävention von Wolfsschäden und bei deren Regulierung (vor allem Weidetierhaltung betreffend)

Die deutsche Jägerschaft kann damit zufrieden sein, ist es doch ein massiver Gegenentwurf zum „Kuschelkurs“ der üblichen Verdächtigen.

Dementsprechend hat auch der Deutsche Jagdverband das Positionspapier in einer Pressemitteilung ausdrücklich begrüßt. Bei mittlerweile über 1.000 Exemplaren in Deutschland sei es längst überfällig, den Wolf ernst zu nehmen. Ausgearbeitet wurde es vom Gesprächskreis Jagd, Fischerei und Natur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

„Vorarbeit“ im Sinne der Jagd

Dessen Vorsitzender ist der Bundestagsabgeordnete Henning Otte. Der 50-Jährige stellt sich den Fragen der Deutschen Jagdzeitung:

DJZ: Seit wann gibt es den Zusammenschluss, und wie viele Mitglieder hat er?

Henning Otte: Den Gesprächskreis Jagd, Fischerei und Natur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt es seit 1999. Gründer war als Abgeordneter der ehemalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Peter-Harry Carstensen. Ihm folgte als Vorsitzender Bernhard Schulte-Drüggelte, ehe ich die Funktion 2013 übernommen habe. Aktuell hat er 40 Mitglieder, wovon die meisten Jäger sind.

DJZ: Wie arbeiten Sie?

Otte: Wir treffen uns 4 Mal im Jahr in Räumen des deutschen Bundestags. Dort besprechen wir zum Beispiel Gesetzesvorlagen oder diskutieren Fachvorträge. Unsere Arbeit ist fachausschussübergreifend. Das heißt, wir arbeiten je nach Bedarf unseren Umweltauspolitikern ebenso zu, wie dem Landwirtschafts-, Justiz- oder auch Innenausschuss.



Otte (rechts), Dr. Georg Nüßlein und Gitta Connemann (beide stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) stellen das Positionspapier Wolf vor

DJZ: Was wurde neben der Wolfsproblematik zuletzt besprochen?

Otte: Im Spätsommer 2018 hatten wir zum Beispiel einen Experten

zu Gast, der über die Afrikanische Schweinepest referierte. Auch Hartwig Fischer konnten wir bei uns begrüßen.

DJZ: Was wurde mit dem DJV-Präsidenten besprochen?

Otte: Unter anderem das Thema bleifreie Jagdmunition. Wir wollen gemeinsam verhindern, dass Jäger durch unterschiedliche landespolitische Regelungen in

gegeben oder als Positionspapiere in der Fraktion beschlossen. Dann muss es noch politisch durchgesetzt werden.

Bei Ottes ist Wild-Burger angesagt

Henning Otte wurde 2005 als Direktkandidat des Wahlkreises Celle/Uelzen (Niedersachsen) in den Bundestag gewählt. Er stu-



Fotos: Markus Flasche

Schwierigkeiten kommen können. Es braucht eine bundesweit geltende Festsetzung. Das könnte zum Beispiel bleiminimierte Munition sein, die allerdings hohe Tötungswirkung gewährleisten muss. Wir arbeiten zudem an einem Entwurf zur bundeseinheitlichen Jagdausbildung. Ferner erscheint es uns wichtig, dass das Thema Wildbrethygiene flächendeckend zum Prüfungsfach wird.

DJZ: Was geschieht mit den Ergebnissen Ihrer Arbeit?

Otte: Die werden an die Fachausschüsse der Regierung weiter-

dierte Jura und ist seit 1994 CDU-Mitglied.

Bereits 5 Jahre zuvor hat der Reserveoffizier den Jagdschein gemacht: „Gleichzeitig mit meiner Frau. Ich selbst komme von einem Landgasthof, auf dem es viele Wildgerichte gab. Mein Vater und Bruder sind ebenfalls Jäger.“

Seine „ersten grünen Schritte“ machte Otte in der Dorfjagd seines Geburtsortes Bergen-Eversen. Mittlerweile hat er das Glück, in der eigenen Familienjagd im Örtze-Tal (Landkreis Celle) weidwerken zu können. Auf heimischer Scholle geht es dort auf Rot-, Schwarz- und Rehwild.

„Das Waldrevier in der Südheide ist 100 Hektar groß. Hier

Der Bundestagsabgeordnete mit Tochter beim „Jagdkurs“



Foto: Jörg Grünhagen



Der CDU-Politiker liebt die Waldruhe. Er ist gerne Teil der Natur

kommen mittlerweile auch Wolf und Marderhund vor“, zählt der 50-Jährige auf.

Er bezeichnet sich selbst als passionierten Weidmann, der gerne Teil der Natur ist. Jagd sei für ihn nachhaltige Naturnutzung. Und die geht auch durch den Magen: „Unser erlegtes Wild landet ausschließlich in der örtlichen Gastronomie oder auf den Tellern meiner Familie. Bei 4 Kindern steht aktuell der Wild-Burger ganz hoch im Kurs!“

1 bis 2 revierübergreifende Drückjagden pro Jahr liefern nur einen kleinen Teil des Wildbrets. Alles weitere kommt von der Anstijagd. „Meine bevorzugte Jagdausübung. Dabei habe ich Zeit und Ruhe, mit der Natur eins zu werden.“

Er sei ein besonnener Schütze. Aber sicher. Ferner gehe es ihm vor allem um das Wildbret, wemgleich er sich über starke Trophäen sehr freut. Eine ganz besondere hat er 2010 erbeutet. Im eigenen Revier erlegte er einen Kronenhirsch vom 11. Kopf.

NABU-Broschüre aus Ministerium

Von 1995 bis 2000 war Henning Otte Stellvertretender Leiter des Hegerings Sülze. Ihm ist diese Arbeit wichtig, denn ihn treibt: „Unser Ziel muss sein, gemeinsam

zu jagen und zu streiten, statt gegeneinander!“

Ebenso wirbt er für tatkräftige Unterstützung der Landesjagdverbände. Die seien Brückenköpfe zur Politik. „Ich begrüße zum Beispiel das Wolfsmonitoring des LJV Niedersachsen. Das ist der richtige Weg, um nach außen deutlich zu machen, dass wir als Jäger die Kompetenzstelle in Sachen Natur sind.“

Er hat festgestellt, dass die anfängliche Freude über den Rückkehrer Wolf längst der Sorge um unkontrollierten Zuwachs und Ausbreitung gewichen ist. Der CDU-Politiker findet klare Worte: „Der Wolf hat verlernt, Abstand zu halten. Er rückt dem Weidevieh, ja selbst dem Menschen auf die Pelle. Ich kann die Gefahr eines ernsthaften Übergriffs nicht ausschließen!“

Deshalb: Sicherheit habe oberste Priorität. Otte verweist auf den Koalitionsvertrag: „Da steht glasklar drin, dass der Schutz des

Menschen vor dem Wolf oberste Priorität hat.“ Und schon gibt's einen Ellenbogen-Check Richtung SPD: „Umweltministerin Barbara Hendricks ist da aber offensichtlich anderer Meinung. Sie versucht, den Passus zu kippen!“

Und er legt ein „Uding“ nach: Er habe vor einiger Zeit mal eine Anfrage an Hendricks gestellt. Als Antwort hätte er aus dem Ministerium eine Broschüre mit dem Titel „Willkommen Wolf“ erhalten. Herausgeber: der NABU. Politisch träfen also den Wolf betreffend aktuell „Sorge“ und „Willkommenskultur“ knallhart aufeinander.

Würgeschrei von Kälbern

Schließlich bringt es der Bundestagsabgeordnete auf den Punkt: „Wir haben in Deutschland einen überhöhten Wolfsbestand. Diese Konzentration ist nicht tragbar und muss reduziert werden.“

Und er ergänzt die Punkte des Positionspapiers beispielgebend: Käme ein Wolf Mensch oder Vieh zu nahe, müsse eben geschossen werden. Oder auch: Eine Beweislastumkehr bei Rissen von Nutztieren sei sinnvoll.

Otte schätzt, dass 4 bis 5 Wölfe regelmäßig durch seine Familienjagd streifen. Auf Wildkamearas habe er oft Fotos der Räuber. Aber ein anderer Beweis geht ihm viel mehr unter die Haut: „Ich habe schon einige Male den Würgeschrei von Rotwild-Kälbern gehört. Schrecklich!“